

Von der Bürgermeisterin

Wolmirstedt, den 14.03.2023

An die Mitglieder des Stadtrates
der Stadt Wolmirstedt

Information über den Projektstopp der Umsetzung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2/92 „Wohngebiet Elbeu“, Teilbebauungsplan Nord

Die Vonovia Engineering GmbH teilte der Stadt Wolmirstedt am 06.03.2023 mit, dass sie als Investor und Grundstückseigentümer die Realisierung des Bauabschnittes an der Jersleber Straße (2. Änderung des Bebauungsplanes – Wohngebiet Elbeu Nord) auf Grund der aktuellen Situation der Baubranche momentan nicht weiterverfolgen wird und den Erschließungsvertrag nicht unterzeichnen wird. Begründet wird die Entscheidung u.a. mit der Kostenexplosion der Baupreise und zusätzlicher Kosten für archäologische Untersuchungen.

Der Stadtrat der Stadt Wolmirstedt hatte am 20.12.2020 den Satzungsbeschluss über die 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2/92 „Wohngebiet Elbeu“, Teilbebauungsplan Nord gefasst, Beschluss Nr.:195/2019-2024. Gemäß Beschluss soll der Bebauungsplan erst nach Abschluss eines Erschließungsvertrages in Kraft gesetzt werden, da ansonsten eine Erschließungspflicht der Stadt Wolmirstedt entstehen würde. Die Satzung ist demzufolge nicht rechtskräftig.

Die Bitte der Vonovia Engineering GmbH, die 2. Änderung des Bebauungsplanes dennoch zur Rechtskraft zu bringen, hat die Verwaltung abgelehnt, da der Satzungsbeschluss bindend ist.

Die Verwaltung hatte sich in den letzten Jahren intensiv um den Abschluss des Erschließungsvertrages bemüht, leider ohne ein positives Ergebnis. Voraussetzungen für den Abschluss des Erschließungsvertrages waren die Vorlage der für die Erschließung erforderlichen Ausführungsplanungen. Dazu wurden zahlreiche Abstimmungen zwischen Investor und Verwaltung geführt. Die geforderten Planungen wurden jedoch nicht abgeschlossen bzw. liegen der Stadt nicht vor.

Kommt es gegenüber der Stadt Wolmirstedt zu einem Kaufangebot des Geländes (ca. 1,5 ha), so sollte ggf. auf Grund der günstigen Standortlage ein Erwerb des Geländes in Erwägung gezogen werden.

Liegen neue Sachverhalte vor, werden die politischen Gremien umgehend unterrichtet.

M. Cassuhn
Bürgermeisterin